

**Rede von Herrn Zoltán Balog
Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte
bei der ungarischen Magyar Országgyűlés
Berlin, 15. Juni 2007**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen. Den letzten beißen die Hunde, sagt ein deutsches Sprichwort. Dietrich Bonhoeffer sagt: „Wir leben im Vorletzten und auch das Vorletzte hat sein Recht.“

Ich werde weniger über Ergebnisse sprechen, mehr über Probleme, auch weniger über Strukturen und Institutionen, sondern über ein konkretes Ereignis, das schulde ich Ihnen, mir und auch meinem Land. Ich bin von der Opposition und das geht nicht zusammen mit unserer Regierung. Ich möchte über den 23. Oktober 2006 sprechen. Dieser Tag war ein großer Einschnitt in der Geschichte unserer neuen ungarischen Demokratie. Man kann sagen, und darin wären sich sowohl Regierung als auch Opposition einig, es war ein traumatisches Ereignis.

Am 50. Jahrestag des Ungarnaufstandes von 1956 hat die ungarische Polizei in eine feiernde Menge von etwa 100.000 Menschen einige hundert Randalierer hineingetrieben und ist dann wahllos und unverhältnismäßig brutal mit Tränengas und Pferdeeinheiten auf die Menschen losgegangen. Sie haben rechtswidrig auf die am Boden liegenden Menschen eingeschlagen, unbeteiligte Passanten festgenommen und auch angeklagt. Sie haben mit Gummigeschossen aus nächster Nähe die Menschen auf Augenhöhe beschossen, mehrere dutzende Menschen haben ihr Augenlicht dabei verloren. 4.000 Polizisten waren auf der Straße und kein einziger trug Identitätsmarken. Heute ist keiner von ihnen mehr identifizierbar und somit ist ihnen nicht nachzuweisen, was sie getan haben. Es handelte sich aber nicht um Willkür, sondern sie handelten auf Befehl des Polizeipräsidenten von Ungarn. Bis heute gab es keine Untersuchung, die diese Straftaten festhält und Verantwortlichkeiten benennt. Auch der Menschenrechtsausschuss konnte keine Untersuchung durchführen, die Parlamentsmehrheit hat es nicht beschlossen. Im ungarischen Parlament hat in den letzten 16 Jahren kein einziger Untersuchungsausschuss erfolgreich Untersuchungen unternommen. Insofern war das Bestreben nicht so wichtig. Auch innerhalb der Polizei wurden diese Vorgänge nicht untersucht. Es gab nur eine Regierungskommission, aus ehemaligen Parlamentariern der Regierungsparteien, die diese Prozesse

bewusst nicht mit Blick auf konkrete Tatbestände analysiert oder untersucht hat, sondern mit Blick auf historische Prozesse. Auf der anderen Seite stehen Erklärungen und Berichte von amnesty international, der UNO, der Organisation gegen Folter und des Helsinki-Komitees, die diese Tatbestände festhalten und auch Maßnahmen fordern. Ich komme aus einem Land mit einer neuen Demokratie, und es sollte uns schon beschäftigen, dass Menschen in einer solchen Situation enttäuscht sind, auch mit Blick auf die Reaktionen von Brüssel und der Internationalen Staatengemeinschaft. Was wir über Machtpolitik gehört haben, gehört, denke ich, in diesen Themenbereich. Ein sehr wichtiger Punkt ist, wie man das Vertrauen gegenüber Europa stärken kann, wenn bei solchen Fällen mit unterschiedlichem Maß gemessen wird. Denken Sie nur an die Demonstration in Moskau, wo kritische Worte gefunden wurden. Im Hinblick auf Budapest war das etwas anders.

Ich wollte aber auch etwas über die Ergebnisse sagen. Es ist für mich, ich bin eigentlich ein ziviler Mensch, erst seit Mai letzten Jahres bin ich im ungarischen Parlament, schon ermutigend, wie zivile Gruppen und Organisationen, nicht nur alte, sondern auch für diesen Zweck gegründete Organisationen, mit diesem Thema umgingen. Das zeigte Zivilcourage. Es gibt ein ziviles alternatives „Loyal Committee“ und eine Bewegung für Menschenrechte. Menschen, die eigentlich die Arbeit tun, die Politiker tun sollten. Es gibt auch Zeichen einer veränderten Bewusstseinslage, im Hinblick auf Menschenrechte. Das ist meines Erachtens sehr wichtig, wenn so etwas Schlimmes passiert, dass man sich dann die Frage stellt, wie man damit umgeht. Ich bin sehr hoffnungsvoll, dass Menschen in Ungarn damit so umgehen, dass hier eine Sensibilität für Menschenrechte geschaffen wird, was früher nicht der Fall war, und das ist ein positives Ergebnis. Sensibilität, wie Behörden mit Menschen umgehen, welche Verfahrensweisen rechtswidrig sein können, die Rolle der Staatsanwaltschaft und der Gerichte wurden hier schon angesprochen. Und was vielleicht noch wichtiger ist, aber nicht kurzfristig eintreten kann, dass ist eine neue Struktur, in der man seine Probleme auch formulieren kann.

In der Zeit der Diktatur, bis 1990, gab es nur eine kleine Zahl Oppositioneller, die von den Menschenrechten her argumentiert hat. Danach stand der politische Kampf zwischen der alten und der neuen Elite, im Vordergrund. Heute dürfen wir schon nach den gemeinsamen Standards für die Liberalen, die Linken, der Konservativen und

Nationalisten fragen. Nach neuen Strukturen, in denen wir unsere Probleme und auch einen gemeinsamen Standard entwickeln und Erwartungen gegenseitig formulieren können, die inner- und überparteilich gelten. Ich denke, ich werde ein kleines Beispiel geben. Wenn friedliche Menschen und nichtfriedliche Menschen nach einer politischen Kundgebung inhaftiert werden und während der Haft von der Polizei zusammengeschlagen werden, dann ist das empörend. Aber wenn man den Leuten dann sagt, dass das z. B. mit Roma in Ungarn immer schon so war, dann schweigen sie. Es ist wichtig, eine Bewusstseinslage, die unabhängig ist von der politischen Einstellung der Menschen und ihren Vorstellungen, zu schaffen und sensibel zu werden für Menschenrechtsverletzungen.

Zuletzt möchte ich berichten, dass wir später doch noch mit den Regierungsparteien in eine Verhandlung getreten sind über die Veränderungen des Polizeigesetzes. Wir haben nun eine Vorlage erarbeitet. Ich hoffe, dass diese nächste Woche im ungarischen Parlament beschlossen wird. Zudem wollen wir eine neue Institution für Menschenrechte schaffen. Es wird eine Körperschaft gegründet, die zuständig sein wird für Klagen gegen Behördengewalt. Wenn dann Menschen von der Polizei oder anderen Behörden misshandelt werden und sich in ihren Menschenrechten verletzt fühlen, dann müssen sie sich nicht direkt an die Polizei wenden, sondern sie können sich an diese Körperschaft wenden, die durch das Parlament gegründet wird. Diese Körperschaft wird dann für ihre Rechte eintreten. Dieses Gesetz braucht eine Zweidrittel-Mehrheit, es ist also unmöglich ohne die Opposition, und wir haben uns in dieser Sache mit der Regierungspartei verständigen können.

Ich habe bewusst nicht über die Institutionen und Strukturen gesprochen, sondern über einen konkreten Fall, denn ein solcher Fall hat, glaube ich, immer eine Kontrollfunktion. Wie funktioniert Demokratie, demokratische Institutionen, die wir selbstverständlich haben, im Hinblick auf solch einen konkreten Fall. Ich hoffe, dass dieses entstehende Netzwerk dazu beiträgt, dass die Achtung von Menschenrechten noch mehr überparteilich wird und auch machtunabhängig wahrgenommen werden kann und funktionieren wird.